

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Kassel, Nr. 20

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der Rat der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und der Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1288
Bismarckstr. 52.

Nr. 276.

Mittwoch, 28. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24. 11. bis 30. 11. 1923 vierundzwanzig Mark, einsechzig Pfennige. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, Feilsatz, Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Dr. Alberts Verzicht.

Reichsminister Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben zugelegt: „Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Forderung hat sich infolge der politischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.“

„Berlin. Der „Berl. Volksztg.“ behauptet, General v. Seckl habe Dienstag Vormittag dem Reichsminister a. D. Albert aufgesucht und mit ihm die Lage besprochen. Das Blatt knüpft daran die Vermutung, daß diese Aussprache den Beschluß Dr. Alberts, seinen Auftrag zurückzugeben, zu fördern geeignet gewesen wäre. Wie von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, entsprechen beide Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen.“

Die Verhandlungen zwischen den Fraktionen.

„Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sind, nachdem Minister a. D. Albert seinen Antrag der Kabinettsbildung an den Reichspräsidenten zurückgegeben hat, die Verhandlungen unter den Reichstagsparteien über die Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Grundlage wieder aufgenommen worden. Die deutschnationale Fraktion ist um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die aber mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen vorläufig unterbrochen worden ist. Auch die Zentrumsfraktion hat am Mittag gesamt. Der Abgeordnete Marx hat sich an der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben. Als Reichstagskandidat hat sich zur Stunde n. a. der Vorkandidat der Bayerischen Volkspartei Reichert genannt.“

Der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald Reichstagskandidat?

„Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen über die Bildung der bürgerlichen Koalition haben zu einer Einigung über die von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten grundsätzlichen Bedingungen geführt, der alle Fraktionen bis auf die Demokraten zustimmen haben, die erst heute ihre Stellung nehmen werden. Gewisse Schwierigkeiten bereitet nur noch die Frage der Regierungskoalition in Preußen. Das „Berl. Volksztg.“ glaubt sogar im Gegenfall zu den üblichen Meinungen an die Möglichkeit eines Scheiterns des Bündnisses an dieser Frage. Als präsumierter Reichstagskandidat der bürgerlichen Koalition wird von allen Blättern der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald genannt. Er wurde gestern am späten Abend zum Reichspräsidenten gerufen, der mit ihm die Lage besprach. Eine offizielle Bestätigung ist noch nicht erfolgt; der Auftrag an Stegerwald zur Bildung der Regierung soll erst heute Vormittag erteilt werden, nachdem die Stellungnahme der Demokraten bekannt geworden ist.“

Keine Änderungen der Staatshoheit im besetzten Gebiet.

„Berlin. Angehts der Verhandlungen zwischen den Vertretern des besetzten Gebietes und dem französischen Mitglied der interalliierten Rheinlandkommission Lizard, über die Reichsstaatsabgeordneter Erleisen auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld berichtete, ist vielfach die irrige Auffassung entstanden, als wenn man sich deutscherseits mit Änderungen in der Staatshoheit des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Zwischen den Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reiches und der Länder herrscht völlige Einmütigkeit darüber, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder bezüglich des Reichs noch bezüglich der Länder irgendwelche Änderungen eintreten können. Die Verhandlungen mit der interalliierten Rheinlandkommission verfolgen nur wirtschaftliche Zwecke; weder die Reichsregierung noch die Bevölkerung denken jemals, durch diese Verhandlungen irgendwelche dauernden Veränderungen in den gegenwärtigen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes eintreten zu lassen. Lizard hat übrigens die Verhandlungen wohl nur als französisches Mitglied, nicht als Präsident der Kommission geführt, in der bekanntlich auch Engländer und Belgier vertreten sind.“

Frankreich

Anschauung in der Separatistenfrage.

Die Reichsregierung hatte bei der französischen Regierung Vorstellungen dagegen erhoben, daß die Stadterweiterungen im besetzten Gebiet von den Befehlshabern vorgenommen werden, den Separatisten häßliche Mäulichkeiten zu Versammlungswegen zur Verfügung zu stellen. Die französische Regierung hat darauf in einer Note erwidert, in der es heißt, separatistische Organisationen seien durch die Regierung der Oberbürgermeister von Koblenz und Düsseldorf, ihren Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, des Versammlungsrechts beraubt worden. Es seien infolgedessen separatistische Gewaltakte oder die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel zu befürchten gewesen, wodurch die Sicherheit der Truppen gefährdet gewesen wäre. Daraufhin hätten die Befehlshaber Behörden entschieden, daß die Separatistenversammlungen

Von ausländischer deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß diese Stellungnahme der französischen Regierung einen Vorwurf gegen die rechtmäßigen deutschen Behörden daraus herleite, daß diese es ablehnten, die auf Umsturz der bestehenden Staatsgewalt gerichteten separatistischen Bestrebungen aktiv zu unterstützen.

Am Freitag

Verhandlungen der Reparationskommission.

Paris. Die Reparationskommission hat gestern nachmittag die übliche Dienstausschusssitzung abgehalten. Sie hat sich nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Der Beginn der großen Beratungen über den Sachverständigenauschuss zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und über die Düsseldorf-Verbindungen ist nunmehr auf Freitag angelegt worden.

Paris. Es bestätigt sich, daß die Reparationskommission entgegen allen Voraussetzungen nicht zusammentrat, da der englische Delegierte John Bradbury vorerstern nachmittags nach London abgereist worden ist, um neue Instruktionen zu erhalten. In Paris legt man diese unterdessen die Rolle des englischen Delegierten nach London dahin aus, daß Meinungsverschiedenheiten schwerwiegendster Art zwischen der Ausschuss England und Frankreich entstanden sind. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen sich auf zwei Hauptpunkte, nämlich die Frage der Einberufung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und zweitens auf das Abkommen der rheinisch-westfälischen Industriellen mit der alliierten Rheinlandkommission.

Zur Einführung der Rentenmark.

„Berlin. Der Reichswährungskommissar Dr. Schacht hat u. a. folgende Mitteilungen gemacht:

Die Einführung der Rentenmark mußte mit dem 15. November erfolgen, weil mit demselben Augenblick die Kreditinanspruchnahme des Reichs bei der Reichsbank aufzuhören hätte. Um die Rentenmark zu einem gleichmäßigen Umlaufvermögen gegen Papiermark abzugeben, war es erforderlich, den Berliner Dollarkurs in möglichst kurzer Zeit der Wertparität näher zu bringen. Die Rentenmarkausgabe erfolgt durch Ausgabe von Löhnen und Gehältern in diesem Zahlungsmittel, um sie den Konsumenten, den Kreisläufen des Zahlungsmittelverkehrs und den landlichen Gemeinschaften für den Getreidekauf anzuleihen. Der Druck der Rentenmark soll im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein. In zwei bis drei Wochen wird ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag in den Verkehr gebracht sein. In gleichem Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufs und der Giroverkehr auf der Reichsbank vermindern. Da zur Zeit der Kreditübernahme noch nicht entschieden ist, ob die Rentenmark von der Reichsbank nur gegen Herabgabe von Papiermark oder Giroguthaben erworben werden. Mit dem Eindringen der Rentenmark in den Verkehr ergibt sich eine Papiermarkknappheit, die der bisherigen fortgesetzten Papiermarkwertung mit Sicherheit entgegenwirken muß. Die Rentenbank wird jede neue Papiermarkausgabe zu verhindern suchen. Gewisse Gefahren drohen in dieser Beziehung aber vom Notgeld. Soweit dieses Notgeld mit Deckung durch entsprechende Markt-Guthaben ausgegeben ist, wird die Umwandlung dieser Markt-Guthaben in Reichsbanknoten und der damit erfolgende Umlauf des Notgeldes keine neue Inflation bedeuten. Die Reichsbank kann aber unmöglich die Einführung oder Einführung von ungedecktem Notgeld vornehmen. Die zunehmende Verknappung der Reichsbanknoten kann auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Hierüber werden die nächsten Tage schon einige Klarheit bringen. Dr. Schacht führte weiter aus: In jedem Falle wird ein gewisses Gefühl der Verunsicherung Platz greifen, darüber, daß die Währungsreform einen festen und klar vorgezeichneten Weg geht. In welchem Maße die Rentenmark in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem andern Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung weiter vorgeschritten sein wird. Gegenwärtig liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsbank als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer fast goldwährungsfähigen Durchführung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung behalten wird. Inzwischen werden die Bemühungen um Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldreserven fortgesetzt.“

Die „Rheinmark“ genehmigt.

„Köln. Wie die „Köln. Volksztg.“ an der Spitze der rheinischen Goldkreditbank erklärt, ist als Einheit die „Rheinmark“ genehmigt worden, die 10 Dollar entsprechen soll. Nach der Bestimmung im abgedruckten Entwurf der Satzungen soll Koblenz Sitz der neuen Bank sein. Diese soll Hauptgeschäftsstellen in Köln und in Dülmen erhalten und daneben Zweigniederlassungen errichten können.“

Beratungen über eine Steuernotverordnung.

„Berlin. Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet gestern einen vom Reichsfinanzminister zur Begünstigung überänderten Entwurf einer Steuernotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Entwurf lehnt sich in seinen Bestimmungen über die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Umsatzsteuer und die Kapitalverkehrssteuer im allgemeinen an die Elemente des Entwurfs eines Gesetzes über wertsche-

Die Steuern und Vereinfachung des Steuerverfahrens aufgeschoben wird ferner am 1. Januar 1924 das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, man sei bei der Aufstellung des Entwurfs davon ausgegangen, daß im Laufe des Dezember die Währung stabilisiert sei und am 1. Januar eine Goldmarkrechnung durchgeführt werden könne. Erforderlich ist die schleunigste Verabschiedung der Verordnung, damit noch für Dezember mit dem Eintritte von Einnahmen wesentlich aus der Umsatzsteuer und aus der Rhein- und Ruhrabgabe gerechnet werden könne. Weiter führte der Redner u. a. aus: Da die Durchführung der bisherige Fortschritte an der Unmöglichkeit geknüpft ist, das Einkommen des Jahres 1923 zu ermitteln, schlägt der Entwurf vor, von einer Veranlagung des Einkommens im Jahre 1923 sowohl für die Einkommen, als auch für die Körperschaftsteuer ganz abzusehen und erst wieder das Einkommen des Jahres 1924 im Jahre 1925 zu veranlagern. Es wird vorgeschlagen, die Einkommenssteuer für 1923 mit dem im Jahre 1923 zu leistenden Vorauszahlungen als abgegolten anzusehen, nachdem am 15. Dezember 1923 noch eine Vorauszahlung anstelle derjenigen vom 5. Januar 1924 für 1923 erhoben worden ist, und zwar für je 100 Mark Jahressteuer 25 Goldpfennige. Die dritte Rate der Rhein- und Ruhrabgabe, die an sich am 5. Januar 1924 hätte zu zahlen, ist bereits am 15. Dezember in Höhe der doppelten an diesem Tage fälligen letzten Einkommensveranlagung entrichtet worden. Neben der Abklärung der Steuer für 1923 ist der zweite wichtige Punkt die Bemessung der 1924 auf das Einkommen des Jahres 1924 zu leistenden Vorauszahlungen. Für die verschiedenen im Entwurf in fünf Gruppen eingeteilten Einkommensarten werden daher verschiedene Vorauszahlungsmethoden vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Errichtung des Vorauszahlungsverfahrens ist eine kurze Veranlagung über Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Einnahmen, Ausgaben und Verbrauch sind in Goldmark zu berechnen. Vorauszahlungsbeträge bis zu fünf Mark bei der Kondemnation und im übrigen bis zu 10 RM. sollen nicht erhoben werden. Zum Schluß kritisierte der Steuerungsreferent noch die beabsichtigte Höchststeuer, die von dem Grundbesitz ausreicht, anstelle der ansehnlichen Doppelsteuern der öffentlichen Hand zu legen. Darüber seien jedoch die Beratungen noch im Gange. In die Verhandlungen des Regierungsvorstandes schloß sich eine kurze Generaldiskussion an. Der Ausschuss überließ die weitere Beratung des Entwurfs einem Arbeitsausschuss, die Beratung des Art. 18 des Entwurfs über die Veränderung des Vermögenswertes einem besonderen Arbeitsausschuss. Die beiden Ausschüsse sollen noch in dieser Woche ihre Arbeiten erledigen.“

Kommunistische Straßenunruhen in Berlin.

Trotz der Warnung des Berliner Volkspräsidenten an die Berliner Reichsleitung der kommunistischen Partei ist es gestern im Laufe des letzten Nachmittags doch zu Straßenunruhen gekommen. Unruhen hatten in verschiedenen Bezirken und unter den Gewerkschaften zu Demonstrationen angeleitet. In Prenzlauer und Lichtenberg fanden Versammlungen der Gewerkschaften statt, die von insgesamt 300 Personen besucht waren. Nach Schluß der Betriebe und Versammlung der Gewerkschaften versammelten sich an verschiedenen Stellen in größerer oder kleinerer Truppe die Demonstranten nach dem Lichtberg. Manche der Tage kamen von der Schuppolizei, die sich im Alarmstand befindet, eine Zwischenfälle aufgelöst werden. Etwas später Demonstrationen gelang es aber, den Unruhen zu erliegen, so in die Internationale sangen und Hochrufe auf eine deutsche Vaterlandskrieg ausbrachten. Da alle Annehmlichkeiten bedroht sind, wurde im Lustgarten die erste Versammlung der Arbeiterliga im Lustgarten abgehalten, und es kam hier zu mehreren Zusammenstößen, wobei von der Schuppolizei zunächst zwei Schüsse abgefeuert wurden. Gegen 6 Uhr erloschen die Demonstrationen, die den großen und kleinen Lustgarten besetzt hatten, fracker Junges. Sobald gegen 6 1/2 Uhr mehrere tausend Personen dort versammelt waren. Da die Demonstranten die Aufforderung zur Klammung des Platzes mit Redneren auf die Schuppolizei beantworteten und aus der Menge Schüsse auf die Polizei fielen, gab die Schuppolizei einige Schüsse ab, durch die anscheinend niemand verletzt wurde. Da die Demonstranten in geschlossenem Zuge abzurückzuziehen versuchten, wurden sie von der Schuppolizei zerstreut. Etwas 3000 Personen, die sich auf dem Lustgarten versammelt hatten, um von dort zum Lustgarten zu marschieren, wurden von der Polizei zum Lustgarten auseinandergetrieben. Ein Polizeiwachtmeister und mehrere Demonstranten wurden verletzt. Zwei Personen wurden festgenommen. Annehmlichkeiten an anderen Stellen der Stadt wurden mühelos aufgelöst. Gegen 7 Uhr abends war die Demonstration im Lustgarten beendet. Eine Annehmlichkeit von etwa 500 Personen auf der Heberwiese im Osten der Stadt konnte durch Schuppolizei unter Anwendung von Gummiknüppeln zerstreut werden.“

Bestellungen bei der Post

Für Monat Dezember 1923 auf das Riesauer Tageblatt zum Preis von 5 Goldmark werden nur bis 1. Dezember 1923 angenommen. Den Postbezugs des Riesauer Tageblattes zum angegebenen Preise vermittelt auch die Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59.